



BERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Luncheon-Roundtable mit Jan van Laarhoven zu „The Benelux as a pioneer in the EU – opportunities of the new Benelux Treaty“ am 30. Juni um 12:30 Uhr im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Einführend stellte der Generalsekretär der Benelux-Union, Jan van Laarhoven, die Bedeutung der Benelux-Kooperation für die Europäische Union heraus, so sei beispielsweise das Schengener Abkommen nach dem Vorbild einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den Benelux-Ländern konzipiert worden.

Van Laarhoven stellte die Unterschiede zwischen dem Benelux-Vertrag von 1958 und dem neuen Vertrag von 2008 heraus. Der neue Vertrag sei im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein bloßes Rahmenabkommen und sei von 100 auf 40 Artikel reduziert worden. Darüber hinaus wurde aus dem Benelux-Vertrag die Benelux-Union. Während der Vertrag von 1958 einen klaren Schwerpunkt auf wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt habe, werde die Kooperation im neuen Vertrag auf weitere Politikfelder ausgedehnt. Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werde sich der aktuelle Benelux-Vertrag nun auch auf nachhaltige Entwicklung und die Bereiche Justiz und Inneres fokussieren. Ziel des Vertrags sei nach wie vor die Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zudem solle die Benelux-Kooperation auch weiterhin als „Experimentiergarten“ für die mögliche engere Zusammenarbeit auf EU-Ebene fungieren. So gingen zahlreiche Projekte inzwischen über die Grenzen der Benelux-Länder hinaus und bänden andere EU-Länder und Regionen, besonders Deutschland und Frankreich mit ein.

Im Bereich Binnenmarkt und Wirtschaftsunion liegen die Schwerpunkte im neuen Vertrag auf der Energiepolitik sowie auf Verkehr und Transport. In der Energiepolitik, sei eines der Flugschiffprojekte die Schaffung eines gemeinsamen Elektrizitätsmarktes, an dem auch Deutschland und Frankreich beteiligt sind; eine entsprechende Verknüpfung der Gasmärkte wird ebenfalls geplant. Ferner wurde – gemeinsam unter anderem mit den skandinavischen Ländern - eine politische Erklärung zu einem Projekt der Energiegewinnung in der Nordsee verabschiedet. Diese Initiativen könnten Signalwirkung für eine entsprechende Zusammenarbeit auf europäischer Ebene haben. Eine engere grenzüberschreitende Kooperation gebe es darüber hinaus bei Fragen der Biodiversität. Bei nachhaltiger Entwicklung wird etwa im Natur- und Landschaftsschutz sowie bei der Raumplanung eng kooperiert: Gerade im diesem Bereich finde auch eine regelmäßige Abstimmung mit Nordrhein-Westfalen statt. Die Koordination solle aber weiter vertieft werden. Einer der Hauptaugenmerke sei ferner die Verbesserung der Transportverbindungen zwischen den Ländern und die Konzeption gemeinsamer Infrastrukturplanung. So sollen die Schienennetze der Länder besser miteinander verbunden werden. Ein weiteres Ziel sei die

BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
JULI 2010

www.eukas.eu

Konzeption eines gemeinsamen Infrastrukturplans für Häfen und Flughäfen. Zudem werde ein Feinstaubfrühwarnsystem eingeführt.

Ein neuer Schwerpunkt im Benelux-Vertrag ist die verstärkte Kooperation im Bereich Justiz und Inneres: Hier stehen der Kampf gegen Drogen sowie die engere Zusammenarbeit bei Zuwanderungs- und Asylfragen im Vordergrund. Bei der Polizeizusammenarbeit werde der Austausch von Daten gefördert, darüber hinaus würden - unter anderem - gemeinsame Übungen organisiert. Gemeinsame Polizeiteams kämen auf den Strecken Amsterdam-Paris sowie Lüttich-Maastricht-Aachen zum Einsatz. Eine - ursprünglich geplante - politische Erklärung enthalte der Vertrag allerdings nicht. Die in der Vergangenheit vor allem mit Nordrhein-Westfalen durchgeführte Zusammenarbeit wird abgesehen von der Raumplanung auch bei Fragen zur Lebensmittelsicherheit, Feinstaub und Polizeizusammenarbeit fortgesetzt. Daneben wird aber auch zunehmend mit französischen Regionen kooperiert. Regelmäßigen Austausch gebe es auch mit anderen Staaten und Regionen, zunehmend auch aus dem Donaauraum.

In der Diskussion machte van Laarhoven deutlich, dass die aktuelle Arbeit des Sekretariats von der schwierigen Regierungsbildung sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden nur teilweise beeinträchtigt würden: Enge Kontakte bestünden schließlich nicht nur auf der Minister-, sondern auch auf der Arbeitsebene; gleichwohl seien durch die derzeitige Situation in beiden großen Ländern des Benelux einige Projekte noch in der Warteschleife. Darüber hinaus betonte van Laarhoven, dass es trotz des Fehlens einer expliziten Nennung einer politischen Kooperation, regelmäßige Treffen und Meinungsaustausch zu politischen Fragen gebe. Van Laarhoven verwies darauf, dass die Initiativen für die Kooperation vorwiegend von der mitgliedsstaatlichen Ebene an das Generalsekretariat herangetragen würden, allerdings bisweilen auch aus dem Sekretariat selbst stammten.

Olaf Wientzek